

Sitzungsperiode 2019-2020
Sitzung des Ausschusses IV vom 1. Juli 2020

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 266 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Finanzierung der Krankenhäuser**

Die belgische Föderalregierung kündigte unlängst die Gewährung von weiteren Vorschüssen an die allgemeinen und psychiatrischen Krankenhäuser an. Zu dem bereits ausgezahlten Vorschuss von einer Milliarde Euro kommen somit nochmal 500.000 € dazu.

Hierzu meine Fragen:

- *Haben diese Zahlungen Einfluss auf das zinslose Darlehen, das die DG dem Eupener Krankenhaus gewährt?*
- *Ist der DG-Regierung bekannt, wie hoch die Mittel liegen, die aus der Hilfe des Föderalstaates an die ostbelgischen Krankenhäuser gehen?*

- **Frage Nr. 267 von Frau HOUBEN-MEESSEN (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Sicherheitsnormen für Schutzmasken**

Im Rahmen meiner Frage, die ich der DG-Regierung am 27. April 2020 stellte, ging es um die Nutzung normgerechter Mundschutzmasken, so wie sie der Nationale Sicherheitsrat empfohlen hatte.

Die Antwort der Regierung stellte mich nicht zufrieden, da es laut Minister Antoniadis keine Normen gebe, obwohl im Protokoll des NSR von normgerechten Masken die Rede war.

Recherchen der Brüsseler Tageszeitung „Le Soir“ zufolge ist jedoch am 28. April 2020 – also ein Tag nach der Fragestellung in unserem Parlament – eine Norm für Schutzmasken durch das belgische Normbüro festgelegt worden (NBN/DTD S 65-001:20, vl. 1).¹

Hierdurch folge, dass 15 Millionen durch den belgischen Staat gekaufte wiederverwendbare Schutzmasken (Kostenpreis 32 Millionen Euro zzgl. Mehrwertsteuer), die an die Bevölkerung verteilt werden sollen, nicht den Sicherheitsnormen genügen, was auch durch unterschiedliche Fachleute bestätigt werde.

Die Unsicherheit, was nun schließlich Schutz biete und was nicht, dürfte hierdurch weiter an Fahrt aufnehmen.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

¹ Vgl. Le Soir, 10.6.2020, S 3

Außerdem steht im Raume, dass sehr viel Geld leichtfertig eingesetzt worden ist und schlimmstenfalls ein enormer Müllberg entstehen dürfte.

Hierzu meine Frage:

- *Genügen die Masken, die durch die DG angekauft wurden, den genannten belgischen Sicherheitsnormen?*
- *Genügen die Anleitungen zur Eigenherstellung von Mundschutzmasken², so wie sie die DG-Regierung auf ihrer Webseite veröffentlicht, diesen Sicherheitsnormen?*
- *Welche Empfehlung spricht die DG-Regierung hinsichtlich der fraglichen Masken aus, die nun an die Bevölkerung gratis verteilt werden sollen?*

• **Frage Nr. 268 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Integrationsbeauftragten**

Im Integrationsdekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist festgelegt, dass es zwei kommunale Integrationsbeauftragte gibt, die ihre Tätigkeit in den nördlichen resp. in den südlichen Gemeinden Ostbelgiens wahrnehmen.

„Bei welcher Gemeinde sie eingestellt werden, wird per Aufruf entschieden. Aktuell arbeiten im Rahmen einer Pilotphase nach einem Aufruf bereits kommunale Integrationsbeauftragte in Eupen und St. Vith. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass auch andere Gemeinden sich beteiligen und somit das Netzwerk für Integrationsangelegenheiten auf lokaler Ebene fördern und vertiefen. Die Bedingungen der Bezuschussung sowie eine detaillierte Aufgabenbeschreibung werden über einen zwischen der Regierung und den Gemeinden oder ÖSHZ abgeschlossenen Vertrag geregelt“, so die damaligen Erläuterungen im Dekretentwurf.³

Lokaler Besonderheiten sind also eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit der Integrationsbeauftragten.

Hierzu meine Fragen:

- *Deckt die Einrichtung des Integrationsdienstes in einer Gemeinde die Bedürfnisse in den umliegenden Gemeinden des Nordens und des Südens in der DG zur vollsten Zufriedenheit ab?*
- *Gibt es angesichts erkennbarer Brennpunkte und unter der Voraussetzung einer Anpassung des Dekrets das Bestreben, einen weiteren Integrationsbeauftragten einzustellen?*

• **Frage Nr. 269 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Lockerung des Besuchsrechts in den ostbelgischen Seniorenheimen**

In Absprache mit den Wohn- und Pflegezentren für Senioren hob die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft das allgemeine Besuchsverbot ab dem 15. Juni 2020 auf.

Hierzu meine Fragen:

- *Wurden hier auch die Heime in unmittelbarer Nachbarschaft unserer Gemeinschaft konsultiert, in denen Senioren aus unserer Gegend leben?*
- *Wann ist mit weiteren Lockerungen zu rechnen?*
- *Wie wird kontrolliert, dass sich die Heime bzw. die Besucher an die Regeln halten?*

² https://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-71/211_read-59965/

³ Dekretentwurf für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt, PDG, Dokument 198 (2017-2018) Nr. 1, Art. 17.

• **Frage Nr. 270 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Zahl der Todesopfer in ostbelgischen Altenheimen**

Nach meiner am 25. Mai gestellten Fragen zu den Opfern der Corona-Pandemie über das Anlegen von statistischem Material und dessen Wert zur Vorbeugung weiterer Krisen ergibt sich mittlerweile neuer Klärungsbedarf:

Presseberichten zufolge veröffentlicht der föderale Gesundheitsdienst „Sciensano“ Zahlen und Schätzungen zu den Corona-Todesfällen in den Altenheimen im französischen und flämischen Landesteil.⁴

Ganz offenkundig sind also nun Zahlen vorhanden, auf die die Regierung zum Zeitpunkt meiner Frage im Monat Mai nicht zurückgreifen konnte.

Auf dem Internetportal der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind diese Zahlen allerdings bisher nicht veröffentlicht.

Bemerkenswert ist daher, dass der zuständige DG-Minister in der Presse erklärt, dass ihm Zahlenmaterial der bestätigten Todesfälle in vielen Ländern bekannt sei. Von genauen Zahlen aus Ostbelgien spricht er nicht.⁵

Nach wie vor bin ich der Ansicht, dass die Zahlen der Corona-Opfer im Krankenhausbereich und in den Altenheimen zu trennen ist, um in Zukunft geeignete Schutzmaßnahmen dieser Menschen zu ergreifen.

Hierzu meine Fragen:

- *Verfügt das DG-Ministerium oder die Regierung über Zahlenmaterial hinsichtlich der Opfer der Corona-Pandemie spezifisch im Bereich der ostbelgischen Altenheime?*
- *Wenn nein: Woran liegt das?*
- *Wenn ja: In welchem Rahmen stehen diese Zahlen der Öffentlichkeit zur Verfügung?*

• **Frage Nr. 271 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Corona-Prämie für Mitarbeiter des Pflegesektors**

Die Initiativen zur möglichen Auszahlung einer Prämie an die Pfleger der Altenheime und der Krankenhäuser reißen nicht ab.⁶

Dennoch – so scheint es – suchen die Entscheidungsträger auf allen Ebenen unseres Landes eher nach Gründen, diese Prämie nicht auszuzahlen.

Hierzu folgende Fragen:

- *Wie ist der Stand der Dinge hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion der Gliedstaaten, eine Prämie an die Pflegekräfte auszuzahlen?*
- *Beabsichtigt die DG unabhängig von den anderen Gliedstaaten diese Prämie zu zahlen, und verfügt sie hierfür über ausreichend Mittel?*

⁴ U.a. De Standaard, 6.6.2020 : Bijna twee op de drie covid-19-doden komen uit rusthuis. De coronacrisis was in grote mate een woonzorgcrisis. Van de bijna 4.800 officiële covid-19-slachtoffers in Vlaanderen kwamen er ruim 3.000 uit een rusthuis.

⁵ GrenzEcho, 12.6.2020

⁶ https://www.rtbf.be/info/belgique/detail_coronavirus-en-belgique-la-prime-aux-soignants-proposee-par-le-cdh-recalee-en-commission-du-parlement-wallon?id=10504936

• **Frage Nr. 272 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu den Notfallplänen für Seniorenheime**

Angeblich liegen Notfallpläne hinsichtlich des „Infektionsmanagements in Pflege- und Betreuungseinrichtungen“ bereits seit 2006 vor.

Mit anderen Worten, so das Grenzecho⁷, wurde ausgearbeitet, was im Falle einer Epidemie getan werden müsse. Das hätte rund 20.000 Euro pro Einrichtung gekostet, erklärte der Löwener Professor Jan De Lepeleire, der damals die Studie begleitete.

Trotz eines Pilotprojektes aus dem Jahre 2011, das die Studie bekräftigte, seien die Pläne aber nie in die Praxis umgesetzt worden, was den Löwener Professor zu der Aussage zwingt, dass ihn die Politik im Stich gelassen hätte.

Unterdessen zeigte sich der Verband der Seniorenheime in der Französischen Gemeinschaft (Femarbel) „fassunglos“ hinsichtlich dieser Enthüllung.

Man sei über den Plan im Dunkeln gelassen worden. Wertvolle Zeit ging verloren, während Empfehlungen erteilt wurden, das strikte Minimum an verfügbaren Masken zu verwenden und die Krankenhausaufenthalte der Bewohner auf ein Minimum zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang wurden auch Krankenhauseinweisungen abgelehnt. Der Preis für diese verlorene Zeit und diese Empfehlungen wurde im April teuer bezahlt, prangerte der Verband an.

Dazu stelle ich folgende Fragen:

- *Hatte die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Kenntnis von dieser Studie?*
- *Wie hat die Deutschsprachige Gemeinschaft diese Maßnahmen berücksichtigt, um die Bewohner der hiesigen Altenheime zu schützen?*
- *Angenommen die DG hat diese Maßnahmen umgesetzt: Welche Erkenntnisse gewinnt die DG-Regierung daraus?*

• **Frage Nr. 273 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu der Altpreisgarantie im Josephsheim in Eupen**

Am 2. Juni 2020 hat die stellvertretende Heimleiterin des Eupener Josephsheim ein Schreiben an die Bewohner gerichtet, die von einer „Altpreisgarantie“ seit ihrem Umzug in das neue Gebäude profitieren.

Darin werden die betroffenen Bewohner bzw. ihre Angehörigen informiert, dass diese Altpreisgarantie aufgehoben wird und der Tagespreis schrittweise angepasst werden soll. Zunächst um 3,80€ pro Tag (1.387€ pro Jahr) und ab Juli 2021 nochmal um 4,10€ pro Tag (1496,50€ pro Jahr). Das sind insgesamt 7,90€ pro Tag bzw. 2.883,50€ pro Jahr.

Der Umzug war aber nicht freiwillig und deshalb wurde diese Altpreisgarantie gewährt. Jetzt wird diese Altpreisgarantie aber „aus wirtschaftlichen Gründen“ nicht mehr garantiert. Diese schrittweise Anpassung sei im Übrigen vom Ministerium genehmigt worden.

Am 8. Juni folgte ein zweites Schreiben, welches besagt, dass das vorangegangene Schreiben irrtümlich war und es ein Versehen gewesen sei, dieses Schreiben zum jetzigen Zeitpunkt zu versenden. Das Schreiben verschiebt die Inkraftsetzung der Aufhebung der Altpreisgarantie auf den Herbst 2020. Diese Verschiebung sei wegen der Corona-Pandemie vorgenommen worden. Angesichts der Tatsachen, dass die Rente oft nicht ausreicht, um einen Platz im Wohn- und Pflegezentrum zu bezahlen, müssen, falls finanziell möglich, die Angehörigen einspringen. In Anbetracht der Corona-Pandemie ist es durchaus wahrscheinlich, dass ein zuzahlender Angehöriger des Bewohners mit Mindereinnahmen zu kämpfen hat und nun den höheren Tagespreis zu zahlen hat.

⁷ Grenzecho, 19. Juni 2020

Dazu stelle ich folgende Fragen:

- *Wie viele Bewohner des Josephsheim sind von der Aufhebung der Altpreisgarantie betroffen?*
- *In welcher Höhe fallen die Mehreinnahmen dieser Maßnahmen aus?*
- *Wird die Regierung den betroffenen Bewohnern und ihre Angehörigen, die diese unfreiwilligen Mehrausgaben selbst finanzieren müssen, finanzielle Unterstützung anbieten?*

• **Frage Nr. 274 von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den massiv steigenden Armutszahlen**

Neben erschreckenden Zahlen zu den Wirtschaftsparametern, die sich im freien Fall befinden, berichtet die Presse zunehmend über massiv steigende Armutszahlen und auf eine weltweit um 15% steigende Kinderarmut, da Personen und Familien, die bereits vor der Corona-Krise Schwierigkeiten hatten, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, von der aktuellen Situation wegbrechender Einkommen ganz besonders betroffen sind.

So berichtete das Grenzecho beispielsweise am vergangenen Donnerstag darüber, dass der Eupener Vinzenz Verein, seine Hilfeleistungen in den vergangenen drei Monaten verdoppelt hat, um Kinder von einkommensschwachen Familien besonders zu unterstützen. Gleichzeitig steigen ebenfalls die Anträge auf Eingliederungseinkommen. Neben der Gewährung des Corona-Kindergeldzuschlags für einkommensschwächere Familien, den wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich begrüßen möchten, bedarf es weiterer Maßnahmen, um in den nächsten Monaten die prekäre Situation einkommensschwacher Haushalte aufzufangen.

Daher meine Frage:

Wie bereitet sich die Regierung auf die massiv steigenden Armutszahlen vor und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen?

• **Frage Nr. 275 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu Neueinschreibungen Pflege und Seniorenheime**

Die Corona-Pandemie hat einige tief verwurzelte Denk- und Handlungsmuster in unserer Gesellschaft verändert. Ich denke da vor allem an das Leben im Alter.

In den Alten- und Pflegeheimen mussten während der Corona-Krise drastische Maßnahmen wie das Besuchs- und Ausgangsverbot streng eingehalten werden. Diese Maßnahmen haben bei allen Beteiligten Spuren hinterlassen.

Hierzu meine Fragen:

- *Kann man zum jetzigen Zeitpunkt schon feststellen, ob diese Pandemie, bedingt durch entstandene Ängste einen Einfluss auf die Neueinschreibungen in unseren Heimen zur Folge hat?*
- *Werden ältere Menschen den Weg in die Seniorenresidenz, aufgrund der erlebten hohen Infektionsrate in diesem Sektor, zurückhaltender angehen und sich womöglich erst sehr spät für den Gang ins Pflegeheim entscheiden?*
- *Werden die Auswirkungen dieser Krise in Ihren Augen, sehr geehrter Herr Minister, einen Einfluss auf die bisherige Seniorenpolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben?*

• **Frage Nr. 276 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur weiteren Vorgehensweise im Bereich Energie**

Experten und Wissenschaftler sind sich einig: Wenn wir jetzt nichts unternehmen, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu halten, werden die Temperaturrekordre und die damit verbundenen extremen Wetterereignisse katastrophale Folgen mit sich bringen. Wenn die Coronakrise etwas Positives bietet, dann die Gelegenheit, den Übergang zu beschleunigen und doch noch die Kurve zu kriegen.

Seit dem 1. Januar 2020 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft für gewisse Teile der Energiepolitik zuständig. Ziel dieser Kompetenzübertragung war es unter anderem die Begleitung der Haushalte, der juristischen Personen öffentlichen Rechts und der nicht-kommerziellen Einrichtungen zu fördern und somit eine Verbesserung der Energieeffizienz und eine rationelle Energienutzung zu ermöglichen.

Die Übertragung der Bereiche Raumordnung, Wohnungswesen und Energie an die Deutschsprachige Gemeinschaft, sollten für den hiesigen Bürger einen Mehrwert schaffen. Die DG fühlt sich in der Vorreiterrolle bekanntlich sehr wohl. Ich finde, dass wir im Bereich Energie dafür prädestiniert sind!

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die DG durch das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der DG und der Wallonischen Region, das am 22. Juni 2020 vom Parlament verabschiedet wurde, verpflichtet hat, 2,2 % der europäischen Ziele in den Bereichen Energie und Klima zu erreichen, und aufgrund dessen dass Klimapolitik ja laut Aussage Freddy Cremers Kerngeschäft der Regierung ist, möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Welche Strategie verfolgt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um die internationalen Ziele im Energiebereich zu erreichen?*
- *Was plant die Regierung aktuell zu tun, damit die Bürger die für Energieprämien zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen können?*
- *Wie sehen die konkreten Schritte der Regierung, unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe auf Ministeriumsebene aus?*

• **Frage Nr. 277 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur zusätzlichen 150-stündigen Weiterbildung für Pflegehelfer**

Der Königliche Erlass über die Ausweitung der Pflgetätigkeiten, die von Pflegehelfer ausgeübt werden können, trat am 1. September 2019 in Kraft.

Es ermächtigt Pflegehelfer, fünf zusätzliche Handlungen an Patienten vorzunehmen (wie die Verabreichung von Augentropfen, die Messung von Parametern wie Blutzuckerspiegel und Blutdruck, die Entfernung von Fäkalomen oder das Anlegen von Verbänden/Binden zur Vorbeugung und/oder Behandlung von Venenerkrankungen).

Auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es zwei Ausbildungsorte: einmal die Autonome Hochschule, die eine einjährige Weiterbildung (wöchentlich in Abendkursen) anbietet und die KPVDB, die eine sechsmonatige Weiterbildung, (einen Tag pro Woche anbietet).

Diese Ausbildung ist zwar für die schon ausgebildeten Pflegehelfer nicht verpflichtend, jedoch wird es in der Praxis, unter anderem für die Erstellung der Stundenpläne zu Schwierigkeiten kommen, wenn es zwei Arten Pflegehelfer gibt, die nicht alle die gleichen Tätigkeiten ausüben dürfen.

Durch die Corona-Pandemie stehen vor allem die Wohn- und Pflegezentren schon unter finanziellem und personaltechnischem Druck. In Anbetracht dieser Realität, möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- Welche Lösungen sehen Sie für die praktische Arbeit mit unterschiedlich einsetzbaren Pflegehelfern?
- Wer wird diese zusätzliche Weiterbildung der Pflegehelfer finanzieren, wohlwissend dass manche Ausbildungen während der Arbeitszeit gegeben werden?
- Was hat die Deutschsprachige Gemeinschaft unternommen, um die WPZS bei der Umsetzung dieses Erlasses zu unterstützen?

• **Frage Nr. 278 von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Minister ANTONIADIS bezüglich der gemeinsamen Initiative zur Sicherung von Impfstoffen**

Wie die Präsidentin der Europäischen Kommission vor zwei Wochen in einer Stellungnahme veröffentlichte, ist die Europäische Union bestrebt „alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit alle Menschen Zugang zu einem Impfstoff haben“, da ein „wirksamer und sicherer Impfstoff gegen das Virus unsere beste Chance ist, die Pandemie dauerhaft zu bewältigen“.

So legte die Kommission Mitte Juni eine EU-Impfstoffstrategie vor. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation gibt es weltweit schon mehr als hundert Projekte zur Entwicklung eines Corona-Impfstoffs. Bereits vor einigen Wochen hatten sich Frankreich, Deutschland, Italien und die Niederlande zu einer „Inklusiven Impfallianz“ zusammengeschlossen, um sich frühzeitig die Impfstoffe zu sichern. Laut „Die Zeit“ vom 13. Juni 2020 sollen von diesem Deal alle Länder der EU profitieren. Die Dosen sollen "relativ zur Bevölkerungsgröße an alle Mitgliedstaaten, die dabei sein wollen, aufgeteilt werden". Diesbezüglich hatte Anfang Juni eine Videokonferenz der EU-Gesundheitsminister stattgefunden.

Daher meine Frage an Sie, Herr Minister:

Haben Sie nähere Informationen aus dem Rat der EU-Gesundheitsminister, inwiefern sich Belgien an dieser gemeinsamen Initiative zur Sicherung von Impfstoffen beteiligen wird, die dann ebenfalls den Ostbelgiern zugute kämen?